

ORIGINAL

Der AOK-Newsletter für Betriebs- und Personalräte

04/05/2018

AOK
Die Gesundheitskasse.



Das denken Europas Bürger

Wie stehen Beschäftigte in der EU zum Thema Globalisierung? Wie gerecht finden sie die Einkommen in ihren Ländern? Antworten liefert eine neue große Umfrage.

[> Mehr Infos.](#)

DIE GUTE NACHRICHT

Rabattverträge sichern im generikafähigen Markt eine beständige Versorgung der Patienten mit Arzneimitteln und steigern die Therapietreue. Das ist das Ergebnis einer Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WiDO). Das Institut untersuchte mehr als 45 Millionen wirkstoffbezogene Profile von AOK-Patienten der Jahre 2006 und 2016. „Durch die Arzneimittelrabattverträge können unnötige Medikamentenwechsel vermieden werden“, so Helmut Schröder, stellvertretender WiDO-Geschäftsführer. Zudem konnte die Herstellervielfalt bei Generika erhöht und die Arzneikosten mithilfe der Verträge allein 2017 um rund vier Milliarden Euro gesenkt werden.

[> Mehr Infos.](#)

INHALT

> Seite 3

Zielmarke verfehlt

Nur jeder dritte Bundesbürger unter 35 Jahren hat einen Hochschulabschluss.

> Seite 4

Eingriff in die Beitragsautonomie

Vor allem ein Punkt am geplanten Versichertenentlastungsgesetz stößt auf Kritik.

So denkt Europa über soziale Gerechtigkeit

Knapp 85 Prozent der EU-Bürger sind der Ansicht, dass die Einkommensunterschiede in ihren Ländern zu groß sind. In Deutschland meinen das 92 Prozent der Befragten. Den höchsten Wert erreicht Portugal mit 96 Prozent, den niedrigsten die Niederländer mit 59 Prozent.

Die Zahlen stammen aus einem kürzlich von der EU-Kommission vorgestellten „Eurobarometer Spezial“ zum Thema Gerechtigkeit. Bei der Befragung ging es um die Schwerpunktthemen Bildung, Einkommen und sozialen Status sowie die „Intergenerationenmobilität“. Darunter versteht man den Vergleich der gesellschaftlichen Position von Kindern mit der ihrer Elterngeneration. Insgesamt wurden 28.031 Menschen in den 28 EU-Mitgliedstaaten befragt. Weitere Ergebnisse der Umfrage lauten:

- In allen Ländern außer Dänemark sind mehr als 60 Prozent der Menschen der Ansicht, dass die Regierungen Schritte zur Verringerung sozialer Unterschiede ergreifen sollten. In Deutschland meinen das 84 Prozent der Befragten.
 - Im Schnitt sind 58 Prozent der EU-Bürger der Ansicht, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, voranzukommen. Nach Ländern variiert dies stark zwischen Dänemark (81 Prozent) und Griechenland (18 Prozent). In Deutschland sind 70 Prozent der Befragten dieser Ansicht. Tendenziell haben besser ausgebildete, jüngere und wohlhabendere Menschen eher den Eindruck, dass Gerechtigkeit herrscht.
 - 90 Prozent der Deutschen betrachten sich allgemein als glücklich, 80 Prozent als gesund. EU-weit sehen sich 83 Prozent als glücklich, 78 Prozent als gesund.
- Knapp die Hälfte der Befragten (46 Prozent) glauben, dass sich die Chancengleichheit in den vergangenen 30 Jahren verbessert hat (Deutschland: 54 Prozent). Neben Kroaten und Griechen sind auch drei Viertel der Franzosen der Meinung, dass sich wenig verbessert hat.

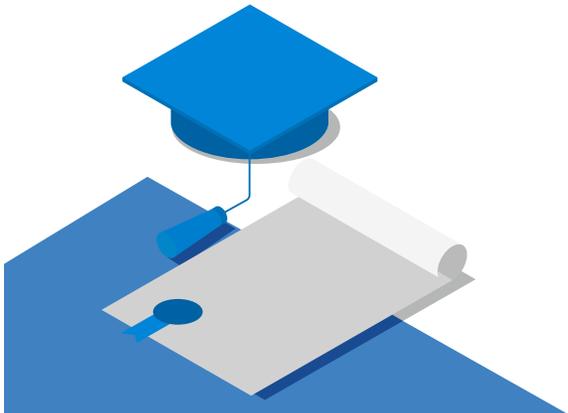
[> Mehr Infos zur Umfrage.](#)



Zielmarke verfehlt

Jeder dritte Deutsche unter 35 Jahren hat einen Hochschulabschluss. Damit liegt Deutschland laut Statistikbehörde Eurostat noch weit hinter dem Ziel der Europäischen Union (EU) zurück, bis 2020 eine Hochschulabsolventenrate von mindestens 40 Prozent zu erreichen. Im Vergleich dazu hätten 18 EU-Länder diese Marke übertroffen. Spitzenreiter sei Litauen, wo 58 Prozent der 30- bis 34-Jährigen ein Studium abgeschlossen hätten. Auch in Zypern, Irland, Luxemburg und Schweden hätten gut die Hälfte der Bevölkerung in diesem Alter einen Hochschulabschluss gehabt. Schlusslicht sind Rumänien, Italien und Kroatien. Dort hätte nur etwa jeder Vierte ein Studium. Der Anteil der Hochschulabsolventen in der EU ist Eurostat zufolge in den vergangenen 15 Jahren von rund 24 auf fast 40 Prozent gestiegen.

> Mehr Infos.



Es geht aufwärts

Im Jahr 2017 waren in der Europäischen Union (EU) erneut mehr Menschen beschäftigt als 2016, so die Statistikbehörde Eurostat. Demnach stieg die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren von 71,1 auf 72,2 Prozent. Der Aufwärtstrend der vergangenen Jahre halte damit an. In Deutschland habe die Beschäftigungsquote bei 79,2 Prozent gelegen. Das sei hinter Schweden (81,8 Prozent) und vor Estland (78,7 Prozent) der zweite Platz. Am anderen Ende der Skala befinde sich Griechenland mit einer Quote von 57,8 Prozent, gefolgt von Italien (62,3 Prozent) und Kroatien (63,6 Prozent). Eurostat zufolge hat die Beschäftigung aber auch hier zugenommen. Kontinuierlich gestiegen sei auch die Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer. Mit 57,1 Prozent hätten in der EU so viele 55- bis 64-Jährige gearbeitet wie noch nie.

> Mehr Infos.



ZU WENIG ZEIT

Um einem Mitarbeiter wegen des Verdachts einer Pflichtverletzung kündigen zu können, muss ihm der Arbeitgeber ausreichend Zeit für eine Stellungnahme einräumen. Das hat das Landesarbeitsgericht (LAG) Schleswig-Holstein entschieden. Der Kläger, ein Entwicklungsingenieur, war in den Außendienst versetzt worden. Dafür hatte ihm sein Arbeitgeber einen Laptop zur Verfügung gestellt. Der Ingenieur klagte jedoch gegen die Versetzung und war seitdem krankgeschrieben. Als der Arbeitgeber bemerkte, dass der Mitarbeiter über das Laptop größere Datenmengen heruntergeladen hatte, verlangte er das Gerät zurück. Der Ingenieur schickte jedoch ein anderes Laptop. Der Arbeitgeber vermutete Absicht dahinter und somit einen schweren Pflichtverstoß. Er bat den Ingenieur schriftlich, sich zu dem Verdacht zu äußern und gab ihm dafür knapp zwei Arbeitstage Zeit. Danach kündigte er ihm fristlos. Die Richter des LAG erklärten die Kündigung für unwirksam. Sie hielten die Frist für die Stellungnahme für zu kurz, umso mehr, weil der Arbeitgeber den Anwalt des Ingenieurs nicht sofort informiert hatte.

LAG Schleswig-Holstein
Az.: 3 Sa 398/17



„Gravierender Eingriff in die Beitragsautonomie“

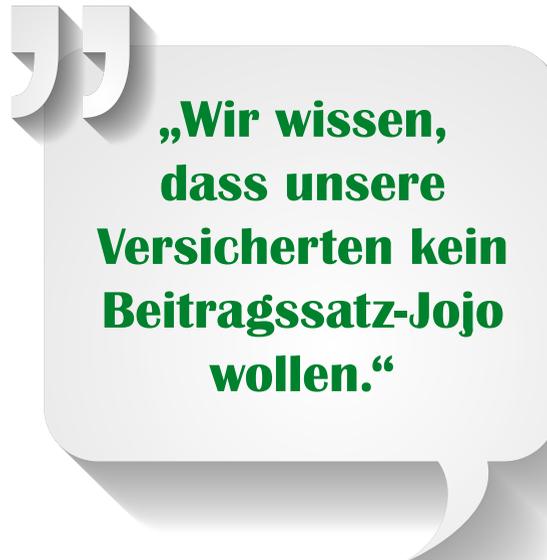
Das Bundesgesundheitsministerium hat am 20. April den Entwurf eines Gesetzes zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-VEG) vorgelegt. Beim AOK-Bundesverband stößt vor allem ein Punkt auf Kritik.

Das GKV-VEG sieht unter anderem vor, dass die gesetzlichen Krankenkassen künftig dazu gezwungen werden können, ihren Zusatzbeitrag zu senken. Der Chef des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch, erklärte: „Zunächst halten wir positiv fest: Überschüssige Gelder im Gesundheitsfonds sollen an die Versichertengemeinschaft zurückgegeben werden. Kritisch sehen wir aber, dass Herr Spahn auch an die Rücklagen der einzelnen Krankenkassen ran will.“

Der Plan, die Krankenkassen zur Senkung des Zusatzbeitragsbeitrags zu zwingen, wenn die Rücklagen über eine Monatsausgabe hinausgehen, „sei ein gravierender Eingriff in die Beitragssatzautonomie der Krankenkassen“, so Litsch. „Hier schießt der Gesundheitsminister übers Ziel hinaus.“ Statt die Rahmenbedingungen für finanzielle Stabilität, solide Finanzplanung und den Wettbewerb um die beste Versorgung zu verbessern, treibe der Gesundheitsminister die Krankenkassen in eine einseitige und kurzfristige Fokussierung auf den Preis. „Dabei wissen wir, dass unsere Versicherten kein Beitragssatz-Jojo wollen“, betonte Litsch.

Einen Kabinettsbeschluss strebt das Bundesgesundheitsministerium für Ende Mai an. Das Gesetz ist im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig.

[> Mehr Infos.](#)



„Wir wissen,
dass unsere
Versicherten kein
Beitragssatz-Jojo
wollen.“

INTERESSANTE LINKS

Infos zur Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“.

[> mit-dem-rad-zur-arbeit.de](#)

Betriebliche Gesundheitsförderung mit der AOK.

[> www.aok.de](#)



FRAGE – ANTWORT

Wie hoch lag die Quote der Erwerbstätigen in der EU im vergangenen Jahr?

[> Hier antworten ...](#)

Die Gewinner werden von der KomPart informiert. Wir verwenden Ihre Daten ausschließlich für die Auslosung des Gewinnspiels. Ihre Daten werden danach vernichtet. Informationen zum Datenschutz finden Sie im Impressum.

**GEWINNEN* SIE EINEN
50-EURO-SCHEIN!**

Zugestellt per Post.

Einsendeschluss: **11. Mai 2018**

Gewinnerin des letzten Preisrätsels:

Sabine Stöger-Kopp, 84307 Eggenfelden

* Die Gewinne sind gesponsert und stammen nicht aus Beitragseinnahmen.

[> Newsletter abonnieren/abbestellen](#)

Herausgeber:

AOK-Bundesverband GbR

Redaktion und Grafik:

KomPart Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
10178 Berlin, Rosenthaler Str. 31

[> www.kompart.de](#)

Verantwortlich: Werner Mahlau

Redaktion: Thomas Hommel, Katleen Krause

Grafik: Robinson Zuñiga

Fotos: S.1: ALotOfPeople, S.1: Leontura, S.3, L: Meinikoff, M: Bisvector, R: Mejnak. S.4: DvdArts.

Informationen zum Datenschutz finden Sie hier:

www.aok-original.de/datenschutz.html

